

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für die Druckerei: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannsch. u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Nr. 21, Bernauerstr. 1567. Redaktion und Druckerei: Nr. 21, Bernauerstr. 1567, für die Druckerei 981. Pränumerationsjahrlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtporto) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Reichshaupt- und Residenzstädten 2.25 zgl. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. Anzeigenpreis: die 7spaltige Kolonnenzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restelanzett-Belle 1 Mk. Beleggeld 10 Pf. Beleggeld 10 Pf.

Nr. 21.

Magdeburg, Mittwoch den 26. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Angst vor der „Evolution“.

Die Fronte der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf,“ schrieb bekanntlich Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“. „Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir gedeihen weit besser bei den gesellschaftlichen Mitteln als bei den ungesellschaftlichen und dem Umsturz. „Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon-Barrot: La legalité nous tue, die Gesetzmäßigkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzmäßigkeit pralle Muskeln und rote Wunden bekommen und aussehen wie das ewige Leben.“ An dieses bekannte Zitat von Engels erinnert unwillkürlich eine staatsrechtliche Abhandlung, die der Wirkliche Geheimrat Oberregierungsrat Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Stephan Genzmer im „Archiv für öffentliches Recht“ (25. Band, 2. Heft) veröffentlicht über den „Gemeindefeudalismus und seine gesellschaftlichen Schranken im preussischen Kommunalrecht“. Der Herr Geheimrat sieht nämlich — sicher mit Recht! — eine große Entwicklung des Gemeindefeudalismus kommen und er untersucht nun, ob das Gesetz noch genügende Schranken bietet gegen eine rein gesellschaftliche, evolutionäre Konfiskation der Vermögen der Besitzenden!

Es sind diesmal keine Befürchtungen vor einem Umsturz, einer Revolution, die dem Senatspräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts die Feder in die Hand gedrückt haben, sondern die praktische Mitarbeit der Sozialdemokraten und die feste Ueberzeugung, daß eine Entwicklung zum Sozialismus vor sich geht, haben Herrn Genzmer veranlaßt, die „Schranken“ gegen die Besitzenden durch die gesellschaftliche Tätigkeit der Sozialdemokraten ausgefüllt sind und durch eine Untersuchung der Gesetze klarzulegen, daß ein Umsturz noch genügend Schranken in der preussischen Gesetzgebung zu finden sind, die Entwicklung zu „hemmen“ und die „Konfiskation der Vermögen zu verhindern. Aber aufhalter läßt sich auch nach seiner Ueberzeugung die Entwicklung nicht. „Auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft“, schreibt er, „ist keine bleibende und unänderliche, sondern befindet sich im Fluße der Fortentwicklung.“ Sie werde bestimmt durch die technischen Fortschritte in der Güterproduktion und durch die sittlichen Anschauungen des Volkes. „Die technischen Fortschritte beeinflussen vorzugsweise die Form der Gütererzeugung, deren Herstellung mittels Einzelarbeit, Arbeitsteilung oder Gemeinschaftsarbeit, die sittlichen Anschauungen dagegen die Art der Güterverteilung, die Bemessung des Anteils, der dem einzelnen an dem Arbeitsertrag gewährt wird.“

Sittliche Anschauungen würden ferner dazu führen, daß die Arbeit dem einzelnen nicht nur das Mittel zur Gewinnung seines eignen Lebensunterhalts und zur Förderung seiner eignen Lebenszwecke sei, sondern ihm auch ein Mittel zur Förderung der Lebenszwecke anderer Menschen werde. Der menschliche Egoismus trete zurück von dem Altruismus, der durch die eigne Arbeit auch die Wohlfahrt der anderen fördern wolle, und vor dem Triebe zur Gerechtigkeit, die eine Einigung des Arbeitsertrags nur so weit gestattet, als er das Ergebnis der eignen Tätigkeit und nicht der Arbeit anderer ist. Für einen preussischen Geheimrat sind das einigermaßen verständige Anschauungen. Aber gerade in dieser Entwicklung der sittlichen Anschauungen des Volkes und in diesem „Triebe zur Gerechtigkeit“ sieht der Geheimrat große Gefahren für die Besitzenden!

Die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeindevahlen sieht Genzmer sicher kommen. Diese Forderung werde nicht mehr nur von der Sozialdemokratie erhoben, sondern auch von Vertretern eines fortgeschrittenen Liberalismus. Dann werde aber damit zu rechnen sein, daß viele Städte Preußens eine sozialdemokratische Verwaltung erhalten, die veruche, sozialistische Einrichtungen in der Gemeinde herzustellen. Unter Gemeindefeudalismus versteht Genzmer nicht nur die kommunale Produktion, sondern alle Einrichtungen, die von der Gesamtheit, also bei einer sozialistischen Verwaltung, mit starker Progression der Steuern, vornehmlich von den Besitzenden unterhalten werden müssen, zugunsten der Minderbemittelten. Also z. B. die kommunale Lieferung von Brot, Fleisch, Wasser, Licht, Wohnungen usw. an die Minderbemittelten zu niedrigen, die Kosten nicht deckenden Preisen, die unentgeltliche Verpflegung in Versorgungsanstalten und so fort. Deshalb, so sagt der Herr Geheimrat, dürfe ein Blick auf die Einrichtungen dieser Art, welche bereits jetzt schon in einzelnen Städten getroffen worden seien, und eine Prüfung der Frage nicht ohne Interesse sein, welche Schranken sich der Verwirklichung solcher Be-

strebungen im Kommunalrecht des preussischen Staates entgegenstellen.

Auf Grund seiner Untersuchung kommt er zu dem Resultat, daß die Gemeinde ebenso wie der Staat mittels seiner Gesetzgebung alles in den Bereich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ziehen dürfe, was sie hierzu für geeignet erachte. Die Auffassung einiger Staatsrechtslehrer, daß die Tätigkeit der Gemeinde an sich nur als eine ihr vom Staat übertragene Aufgabe anzusehen sei und daß es keine öffentlich rechtliche Kommunalaufgabe gäbe, sei falsch. Nach dem Gesetz befähigen die Gemeinden ein Selbstverwaltungsrecht und der Staat habe keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden zu verhindern. Für die gewerblichen Betriebe bestehe nur die Vorschrift, daß sie grundsätzlich so zu verhalten seien, daß durch die Einrichtungen mindestens die gesamten durch die Unternehmung für die Gemeinde erwachsenen Ausgaben gedeckt werden, so daß aus rein gewerblichen Betrieben den Minderbemittelten kein Vorteil auf Kosten der Bestehenden verschafft werden kann. Eine Ausnahme ist aber zulässig, wenn die Unternehmung zugleich einem öffentlichen Interesse dient, welches andernfalls nicht befriedigt wird. Als Gegenleistung für die im öffentlichen Interesse errichteten Anstalten kann die Gemeinde Gebühren erheben, deren Höhe so zu bemessen ist, daß sie die Kosten decken. Doch kann die Gemeinde die Gebühren abtufen. Wenn ein Benutzungszwang besteht und bei gewissen Veranstaltungen zu besonderen Zwecken kann die Gemeinde aber auch nur ganz geringe oder gar keine Gebühren erheben. Eine Gemeinde kann daher Nahrungsmittel wie Fleisch, Brot usw. in eignen Betrieben herstellen und zum Selbstkostenpreis verkaufen, Wasser, Licht usw. aber an die Minderbemittelten zu einem hinter den Selbstkostenpreis niedrigeren Preis absetzen und öffentliche Anstalten verschiedener Art den Bewohnern unentgeltlich zur Verfügung stellen. Das alles können die Kommunen nach den bestehenden Gesetzen tun, und Genzmer schließt daraus, daß einmal sozialdemokratische Mehrheiten in den preussischen Städten auf rein gesellschaftlichem Wege den minderbemittelten Massen große Vorteile auf Kosten der Besitzenden verschaffen könnten. Aber er hat für die Besitzenden einen guten Trost: noch besteht das Aufsichtrecht des Staates, und da die Regierung zu Anleihen und für die Erhebung von Steuern über die Maximalgrenze hinaus die Genehmigung erteilen muß, in den Landgemeinden aber alle Beschlüsse verwerfen kann, so hat sie die Möglichkeit, die Entwicklung zu „hemmen“, und somit gewähre „das bestehende Kommunalrecht den Besitzenden einen ausreichenden Schutz gegen eine erzwungene Übergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen durch die Gemeinde“.

Das heißt also: der Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts ist der Meinung, daß die Entwicklung nicht zu verhindern ist, daß sie kommen wird, denn sie enthringe nicht nur dem technischen Fortschritt, sondern auch der wachsenden Sittlichkeit und dem „Triebe nach Gerechtigkeit“, aber sie kostet die Besitzenden Opfer — und daher sei es erfreulich, daß einweilen noch „Schranken“ bestehen, die Entwicklung zu „hemmen“. Obwohl von einer „erzwungenen Übergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen“ durch den Gemeindefeudalismus nicht gesprochen werden kann, zeigt die staatsrechtliche Abhandlung Genzmers, daß die Besitzenden große Angst haben vor einer gesellschaftlichen Entwicklung — einer „Evolution“ ohne jede gewaltsame Revolution! — die zur höheren Sittlichkeit und Gerechtigkeit führt, weil dieses Ziel notwendig der Sozialismus sein muß! Da aber auch „der Staat“ dem Geiste der Entwicklung unterworfen ist, das Herr Genzmer anerkennt, so wird der Verlaß auf den Staat den Besitzenden keinen dauernden Trost bieten, und es wird einst kommen, was kommen muß: der Sozialismus!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. Januar 1910.

Der Landwirtschaftsetat.

Das Abgeordnetenhaus beratschiedete am Montag zunächst einige Eingemeindungsvorlagen. In der Debatte nahm Genosse Borgmann Gelegenheit, auf die Wichtigkeit der Lösung der Eingemeindungsfrage für Groß-Berlin hinzuweisen.

Dann begann die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats, bei der alljährlich die Vertreter der rein agrarischen Interessen ihre Sonderwünsche vorzubringen pflegen. Diesmal war es ein Konservativer, Herr v. Pössel, der die

Lage der Landwirtschaft immer noch in den düstersten Farben malte. Die Agrarier sind eben niemals zufriedenzustellen. Von einigem Interesse war eine sachkundige Rede des freisinnigen Abgeordneten Dr. Crüger (Hagen) über die innere Kolonisation. Dr. Crüger konnte sich auf die Ansprüche einiger führender Ueberagrarier berufen, in denen diesem wichtigen Kulturwerk der schärfste Widerstand des Großgrundbesitzes angekündigt wird, weil die innere Kolonisation „ein liberalisierendes Manöver“ darstellt insofern, als sie mit der wirtschaftlichen auch die politische Macht des Großgrundbesitzes zu brechen geeignet ist. Die Klagen über die Leutenot auf dem Land illustrierte der freisinnige Redner durch einen Ausspruch des bisherigen Oberpräsidenten von Schlesien, des Grafen von Zedlitz-Trützschler, dem Großgrundbesitzer gesagt haben, sie beschäftigten lieber Polen und Russen als aus der Stadt zurückkommende aufgeklärte Industriearbeiter.

Unter dem Lärm der Rechten bezeichnete Dr. Crüger schließlich die Großgrundbesitzerklasse als ein Bollwerk gegen die Durchführung jeden Fortschritts. Die Stichwahlhilfe, die die Freisinnigen diesen Großgrundbesitzern aber in vielen Kreisen haben zuteil werden lassen, steht in einem eigenartigen Kontrast zu diesem vernünftigen Crügerischen Ausspruch. Im übrigen wäre aus der Debatte nur noch eine matte Kriegserklärung des Nationalliberalen C. C. (Winsen) an den Bund der Landwirte hervorzuheben, der jedoch gleich darauf jede Schärfe genommen wurde durch ein Loblied, das der gleichfalls nationalliberale Doktor Schröder (Kasse) auf unsere Schützgölle sang. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Liberaler Schwarzseher.

Die Erfolge der Unionisten bei den englischen Parlamentswahlen haben manchen deutschen Liberalen Blättern Anlaß zu allerhand düstern Prophezeiungen gegeben. Die Stellung des Liberalismus als Regierungspartei soll bedroht, die Rückkehr der Konservativen in die Gewalt über kurz oder lang so gut wie gesichert sein. In die angebliche Wiederkehr des konservativen Regiments werden dann allerhand düstere Betrachtungen über englischen Schutzoll, Schädigung der deutschen Volkswirtschaft und Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes geknüpft.

Aus solchen Schwarzmalereien gewinnt man fast den Eindruck, als ob manche deutsche Liberale gar nicht mehr erwarten könnten, auch den englischen Liberalismus in der Rolle des Geprügelten zu sehen und ihn als Leidensgenossen begrüßen zu dürfen. Tatsächlich stehen aber die Dinge in England heute so, daß für den Liberalismus politisch noch so gut wie gar nichts verloren ist und daß es ganz von seinem eignen künftigen Verhalten abhängt, ob er sich ehrenvoll behaupten oder schmachbedeckt den Kampfplatz verlassen will. Will der englische Liberalismus regierungsfähig bleiben, dann muß er sich zu einer Politik der vollstimmigen Union entschließen, er muß ungesäumt den Kampf mit dem Konservativen Hause ansuchen, die Wahlreform in Angriff nehmen und die Durchführung der obligatorischen Arbeit für die Bevölkerung mit gründlichem Ernste vorbereiten. In den Wünschen der ausschlaggebend gewordenen Unionisten politischer Autonomie (Home Rule) ihres engere wird er sich nicht widersetzen dürfen. Kann der Liberalismus dieses Programm nicht zur Durchführung bringen, weil sich seine Führer nicht zur Tat entschließen oder weil ein Teil der Partei für solche Maßnahmen nicht zu haben ist, dann allerdings wird der Liberalismus unvermeidlich werden, aber er wird dann nicht mehr das Ergebnis der Wahlen herbeigeführt werden können, sondern durch die innere Energielosigkeit und die Schwäche der Partei. Wer darum heute schon die düstere Prophezei der englischen Liberalen prophezeit, der muß sich über den Liberalismus eine sehr schlechte Meinung haben, die vielleicht, als er verdient. So gewiß die Unionisten Parteien ihrer Entstehung nach Klassenparteien sind, so darf man doch nicht annehmen, daß die liberalen Parteien Englands automatisch arbeitende Werkzeuge der Klassenherrschaft sind. Sie haben vielmehr neben den Massen ein eigenes Dasein gewonnen, und lassen sich von einem Selbsthaltungstrieb leiten, der nicht immer identisch ist mit dem Selbsthaltungstrieb der ihnen nahestehenden Gesellschaftsklassen. So kann auch der englische Liberalismus längst nicht mehr als die reine Bourgeoispartei handeln, er ist seinem Ursprung nach ist er kann nicht nackte und brutale Bourgeoisinteressen vertreten, wenn er sich parteipolitisch behaupten will. Kann er eine Volkspartei sein oder muß er in die Lage einer großbürgerlichen Massenpartei zurückversinken? Von der Entscheidung dieser Frage hängt Englands politisches Schicksal ab.

Einfluss werden die deutschen Reaktionäre, wenn man ihnen ihr Geschäft nicht durch schiefe Darstellung der Sachlage künstlich erleichtert, kaum dazu Gelegenheit finden, aus den englischen Wahlen Kapital zu schlagen. Die Unionisten, die keineswegs Konservern in preußisch-deutschem Sinne sind, sondern die man viel eher mit den Bessern unter den deutschen Nationalliberalen vergleichen könnte, sind nicht aus Ruher gekommen. Die Tarifreform kommt entweder gar nicht oder bloß teufelweise in homöopathischer Verdünnung; irgendwelche wirtschaftliche Katastrophen sind von ihr zunächst nicht zu befürchten. An einen kriegerischen Angriff auf Deutschland denkt in England auch im konservativen Lager niemand, und überdies wird England für absehbare Zeit von der Ordnung seiner innern Verhältnisse viel zu sehr in Anspruch genommen sein, um eine Politik des Uebermutts und der Herausforderung gegenüber andern Staaten treiben zu können. Deutschland hat also Zeit genug, seine Beziehungen zu England auf der Grundlage der Friedfertigkeit und Freundschaft zu ordnen, durch seine eigne Haltung jede Politik des Misstrauens von der andern Seite zu entwerfen und insofern von England eine ganze Menge zu lernen. Das gilt besonders für den deutschen Liberalismus, der es heute als seine internationale Aufgabe zu betrachten scheint, auch für die andern die Courage zu verlieren. Der englische Liberalismus steht vor harten Kämpfen, aber die weisheitlichen unter seinen Führern sind noch lange nicht erntemüde. —

Unschuldswürmer.

Ein komisches Duell wird zurzeit zwischen Konservern und Freisinnigen ausgefochten. Die Freisinnigen beschuldigen die Konservern, sie wollten Herrn von Bethmann-Hollweg um den maßgebenden Einfluss bringen und den Herrn v. Rheinbaben zum wirklich leitenden Mann in Staat und Reich machen. Die Konservern begreifen sich nun nicht damit, sich mit entrüsteter Miene dieses Verbrechens für gänzlich unschuldig zu erklären, sondern sie drehen noch den Spieß um und beschuldigen die Freisinnigen, diese wollten Herrn Dernburg an Stelle des Freiherrn von Schön zum Staatssekretär des Auswärtigen und womöglich später gar zum Reichskanzler machen. Nun sind es wieder die Freisinnigen, die ihre reinen Hände zum Himmel emporheben und mit Tränen in den Augen den Blick der rächenden Gottheit auf ihr Haupt herabbeschwören, wenn an diesem lästerlichen Gerede auch nur ein Wortchen wahr sein sollte.

Auf einen parlamentarisch gewählten Weizenopfer muß dieser edle Streit der verfolgten Unschuldigen einen unbeschreiblich komischen Eindruck machen. Daß jede Partei die Männer ihres Vertrauens an die Spitze der Staatsgeschäfte zu bringen versucht, ist in Ländern, die über den Zustand des politischen Analphabetentums hinausgemacht sind, doch etwas ganz Natürliches und Selbstverständliches. Herr von Rheinbaben ist nun ganz zweifellos ein Mann nach dem Herzen des preussischen Nationalkonservativen, seine Ernennung zum preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler würde von ihnen mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Und wer beschreibe erst die Freude in Trejas Hallen, wenn wirklich kaiserliche Gnade den Staupmann ohne juristisches Examen und nicht ganz einwardfreien Arier Dernburg in das oberste Reichsamt berufen würde!

Wenn dem nun so ist, warum sind die Parteien so reizig und so unaufrecht, das auch offen auszusprechen? Eben darum, weil bei uns noch keine parlamentarische Politik, sondern die Politik der konstanten imperialen Falschintrige von ehemals getrieben wird. Räuber müssen bestreiden sein, sonst kriegen sie überhaupt nichts! Einen Damm aussprechen, heißt seine Erfüllung unmöglich machen! Darum immer hübsch auf den Beinen und ausgepaßt, daß man sich bei keinem vorläufigen Treiben erwischen läßt. Immer von hinten rum, so kommt man am leichtesten! —

Kolonial-Marmor.

Früher bestand auch in großen Kreisen des Bürgertums tiefhafte Abneigung und geheimes Mißtrauen gegen Parlamentarier, die als Spekulanten und Gräber hervortraten. Die Erfahrungen der Gründerperiode lehren nach, es galt nicht gerade für ehrenvoll, wenn Reichstagsabgeordnete bei Unterzeichnungen von Protesten ihren Namen das „M. d. R.“ hinzusetzten. Seitdem jedoch die Macht des Bank- und Industriekapitals alles durchsetzt und beherrscht, ist man „toleranter“ geworden. Besonders nachsichtig ist man jenen Parlamentariern gegenüber, die sich an der Kolonialspekulation beteiligen. Vor wenigen Tagen erst konnte der nationalliberale Abgeordnete Demler als Berichterstatter über den Kolonialkongress fungieren, obwohl er an Kolonialunternehmungen in hervorragender Weise beteiligt, also Interessent ist. Von dem Reichsverhandlungsgeneral und Reichstagsabgeordneten von Lieber ist bekannt, daß er Brodbeck unterzeichnete, in denen Anleihe recht bedeutender Kolonialunternehmungen dem Publikum als „Kapitalanlage“ zum Kauf empfohlen wurden. Außer diesen Abgeordneten sind noch zahlreiche andre in ähnlicher Weise hervorgetreten.

Jetzt wird in der Presse eine Einladung zur Beteiligung an der Afrika-Marmor-Kolonial-Gesellschaft Hamburg veröffentlicht, die die Ausbeutung der Marmor-Vorkommen in Deutsch-Südwestafrika betreiben will. In der Wandzeitschrift des Reichstags sind kürzlich Vorkommen des afrikanischen Marmors herangezogen worden, die Zeitungen nahmen davon auch Notiz, für die Unterbringung der Anteile der Marmor-Kolonial-Gesellschaft ist die Summe also gut vorbereitet. Errichtet wird dieses neue Unternehmen als „Kolonial-Gesellschaft“ im Sinne des § 11 des Schatzungs-Gesetzes, es ist ihr daher die Korporation eingeräumt, Anteile in Höhe von 100 Mark ausgeben zu können. Das Grundkapital beträgt 3 Millionen Mark in Anteilen zum Nennwert von 100 Mark, 1 Million wird von dem Konfession, das die Gründung betreiben

hat, übernommen. An die Vorbesitzer werden für den Erwerb der Konzessionen 350 000 Mark in bar sowie 50 000 Mark in Anteilen gezahlt, ferner erhält das vorbereitende Syndikat als Ersatz für seine Arbeiten und Auslagen nochmals 350 000 Mark in Anteilen. Wer die Vorbesitzer sind und ob sie identisch mit dem vorbereitenden Syndikat sind, ist aus dem Prospekt nicht ersichtlich. Ueber den Umfang der Marmor-Vorkommen sagt der Prospekt, daß sie „an Schönheit, Mannigfaltigkeit der Arten sowie an Ausdehnung sämtliche bisher bekannte Marmorbrüche der Welt weit übertreffen“. In einer andern Stelle wird erklärt, „es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß viele Milliarden Kubikmeter gesunder Marmor dem Abbau zur Verfügung stehen“. Zum Schluß heißt es: „Nach der aufgestellten Rentabilitätsberechnung ergibt sich demnach ein Dreingewinn von zirka 22 Prozent des investierten Kapitals.“

Diesen Prospekt haben u. a. unterzeichnet Dr. Erwin Goller, Mitglied des Reichstags, und Geheimrat Professor Dr. Paasche, Mitglied des Reichstags. Beide Herren „haben sich bereit erklärt“, so ist im Prospekt zu lesen, „in den Aufsichtsrat der zu gründenden Gesellschaft zu treten“. In einer Besprechung des Prospekts sagt die „Frankfurter Zeitung“: „Gewiß ist es möglich, daß sich hier später ein rentables Unternehmen entwickeln kann. Vorerst aber bietet eine Beteiligung für das breite Publikum — und an dieses wird mit dem 100-Mark-Anteil appelliert — ein gewisses, vielleicht nicht unerhebliches Risiko. Für den Aufsichtsrat der künftigen Gesellschaft sind Persönlichkeiten in Aussicht genommen, die zum Teil bekannte und angesehenere Namen tragen, doch dürften hieraus Rückschlüsse auf das Unternehmen nicht ohne weiteres zu ziehen sein.“ Damit werden die Schilderungen des Prospekts sehr zutreffend auf das richtige Maß zurückgeführt, aber wichtiger als die Frage, ob die Rentabilitätsaussichten übertrieben günstig angegeben werden oder nicht, ist die Frage, ob eine derartige Gründungsart der Herren Paasche und Goller mit ihrer Abgeordnetenstellung vereinbar ist. Gewiß werden die Herren erklären, daß für sie die Möglichkeit eines Interessenkonflikts ausgeschlossen ist, sie können sich auch darauf berufen, daß andre Abgeordnete ihnen mit schlechtem Beispiel vorangegangen sind. Daß beide Einwände wertlos sind, bedarf aber gewiß keiner Betonung. —

Mannesmann-Krupp-Schneider.

Gegen die Haltung des Auswärtigen Amtes in der Mannesmann-Affäre erfolgen auch Angriffe aus Kreisen, die sonst mit den alldemokratischen Treibern nichts gemein zu haben pflegen. Es wird von ihnen behauptet, daß das Auswärtige Amt gegen die Zulässigkeit der Mineralkonzessionen der Gebrüder Mannesmann in Marokko keine Bedenken geltend gemacht habe, obwohl dazu gar keine Veranlassung vorhanden gewesen sei, denn die französische Regierung hätte gar nicht daran gedacht, die Mannesmann-Rechte zu verstreiten. Ein solches Verhalten der deutschen Diplomatie gegen deutsche Staatsangehörige sei unverständlich, die Auswärtige Amt hätte, selbst wenn nach seiner Meinung die Ansprüche der Mannesmann-Rechte mit der Agenciar-Akte und ihrer Auslegung durch die Mächte unvereinbar wären, es der französischen Regierung überlassen müssen, etwaige Einsprüche dagegen zu erheben.

Für die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes glaubt man eine Erklärung darin gefunden zu haben, daß der Mannesmann-Gruppe in Marokko eine andre kapitalistische Gruppe als Konkurrenz gegenüberstand, der die Firma Krupp angehört. Dieses zweite Syndikat, das den Einfluß der Brüder Mannesmann zu verdrängen suchte, firmiert „Union des Mines Marocaines“ und steht unter Führung von Scheider-Creusot, dem französischen Krupp. Die Union sei nun insofern kein rein französisches Unternehmen, da auch die Firma Krupp (Essen) daran beteiligt sei, und zwar mit 10 Prozent. Aber diese Beteiligung Krupps an dem Syndikat sei nur erfolgt, um für das französische Kapital gegenüber der deutschen Regierung den Einfluß von Krupp zu sichern. Der Plan der Union laufe darauf hinaus, nach der Verdrängung der Gebrüder Mannesmann aus Marokko die dort vorhandenen großen Vorräte an Eisenerzen zu erschließen und dann einen Weltmarkt für Eisenerze zu bilden. Der „Fortuna“ behauptet, daß der Firma Krupp zugesichert worden ist, sie solle im Falle eines Zustandekommens des Weltmarktes die Erz um ein erhebliches billiger bekommen als die übrige deutsche Industrie.

Daß die deutsche Regierung sich für die Interessen des Hauses Krupp bei der Mannesmann-Affäre einzusetzen ließ, wäre immerhin nicht unmöglich. Nach den Erfahrungen, die man über die Verbindungen zwischen dem Reich und Krupp gemacht hat, wäre ein solches Ziel nicht undenkbar. Die Affäre hätte sich dann so abgepielt, daß in dem Kampfe um die Interessen von zwei Spekulantengruppen die deutsche Regierung auf die Seite der letzteren fiel, so der alte liebe und bekannte Verbündete von früher, das Haus Krupp, geholt. Derartige Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt haben wohl Anspruch auf Beachtung, aber jene Kreise, die sie erheben, beschränken sich nicht darauf, sie wollen mehr betreiben und stellen die fonderbare Behauptung auf, daß die französische Regierung es nicht nur gern gesehen hätte, wenn die Mannesmann-Ansprüche anerkannt worden wären, sondern sich sehr bemüht hätte, daß die Union des Herrn Scheider-Creusot in ihrer Position in Marokko noch bestärkt wird. Die französische Regierung will nicht, daß der wirtschaftlich schon so überaus stark Scheider noch Befürworter eines Weltmarktes werde. Nun kann es gewiß erscheinen, daß die deutsche Regierung Krupp nicht aber daß die französische Regierung sich dagegen einsetzt, die dem französischen Kapital zugehörigen, angeblich unermesslich reichen Schätze Marokkos anzuschauen, um weil Scheider ein politischer Gegner der Regierung ist und die Stärkung seiner Kräfte nicht beliebt wird, und daher wünscht, daß all die vorerwähnten Reichthümer dem deutschen Kapital zufließen, ist mehr als absonderlich. Ein entsprechender Schluß läßt sich aber auch aus dieser Darstellung ziehen: Frankreich sieht die Deutschland in der Mannesmann-Affäre nur einen Streit zwischen zwei Spekulantengruppen und ist ebenbürtig wie Deutschland dazu geneigt, ihn zu einem Gegenstand politischer Bemühungen werden zu lassen. —

Der Handelslangere Bilows, von Liebell, jetzt Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der aber wegen angegriffener Gesundheit, die hauptsächlich auf Ueberarbeitung während der Reichsfinanzreform-Kampagne zurückzuführen ist, bisher sein neues Amt nicht übernehmen konnte, ist um seinen Abschied eingekommen und scheidet demnach aus dem Staatsdienst aus. Die Ernennung seines Nachfolgers soll halb erfolgen. —

Die Handelsbeziehungen zu Frankreich und zu Nordamerika sind Gegenstand der Beratung des wirtschaftlichen Ausschusses, der am Montag vormittag im Reichsamt des Innern zusammentrat. Die „New York Times“ beschäftigt sich in einem Artikel mit den Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich und verlangt, daß um der Herren vom Fleischtrast willen Amerika nicht in einen Zollkrieg mit Deutschland gekürzt werde. Die amerikanische Regierung möge lieber die Fleischtrastmänner ins Gefängnis schicken. —

Die Befestigung der Insel Gogoland erfordert immer steigende Kosten, die in ihrer vollen Höhe im Etat des Reiches nicht zum Ausdruck kommen, weil ein Teil der aufgewendeten Mittel aus dem preussischen Etat bestreitet wird. Die Kosten sind deshalb so enorm, weil die in eine Art Festung umgewandelte Insel immer kleiner wird, das Wasser unterminiert einzelne Teile, die schließlich zusammenstürzen. Um dem Einfluß zu tun, wird jetzt auf einer Seite der Insel eine große Steinmauer gebaut, die mit 1 600 000 Mark veranschlagt ist. Die Hälfte dieser Summe muß das Reich bezahlen. Schließlich wird natürlich auch diese Steinmauer keinen unbedingten Schutz gegen das Meer darstellen sicher aber ist es, daß die für Gogoland aufzuwendenden Kosten eine fortgesetzt steigende Tendenz aufweisen. —

Aus dem sächsischen Landtage. In der Montagtagung der Wahlprüfungscommission wurde die Wahl des Abgeordneten Demler im 17. sächsischen Wahlkreise (Geyer), die von den Nationalliberalen angefochten war, für gültig erklärt, dagegen sollen über die Wahl des Abgeordneten Genossen Schmidt (Chemnitz), der im 14. kändlichen Wahlkreise (Freiberg-Land) gewählt ist, Erhebungen angestellt werden. Es soll dort u. a. ein Gemeindevorsteher in Uniform im Austrage des Bürgermeisters Stimmzettel verteilt haben; außerdem liegen noch andre Protestpunkte vor. —

Aus der Parteibewegung.

Die spanische Sozialdemokratie. Das Zentralorgan „El Socialista“ gibt einen Ueberblick über das vergangene Jahr „mit dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht und der Vermuthung über ein gutes Ergebnis“. Wie alljährlich wurden eine Anzahl Organisationen neu- oder wiederbegründet. Diesmal war der Zuwachs 27 — dabei waren für mehrere Monate die versammlungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt. Außer der regelmäßigen Agitation wurde eine besondere Propaganda an der Küste, in den Provinzen Valencia und Katalonien und auf den baskarischen Inseln betrieben. Der Erfolg war gut und wäre unter minder schwierigen Umständen noch größer gewesen. Auch die Presse entwickelt sich. Begründet wurde „La Justicia Social“ (Die soziale Gerechtigkeit). Ein andres Organ „El Obrero“ (Der Arbeiter), dessen Erscheinen unterbrochen war, erscheint wieder. Ohne Organ einer Parteigruppe zu sein, tritt „El Obrero“ in Segovia für die Partei ein. Einige Organe haben Erweiterungen erfahren. Der „International“ in Barcelona ist noch suspendiert, doch hofft man auf baldiges Wiedererscheinen. Das Zentralorgan hat auf dem Wege zur Umwandlung in ein Tagesblatt weitere Fortschritte gemacht, so daß voraussichtlich noch in diesem Jahre die Voraussetzungen erfüllt sein dürften. Auf gewerkschaftlichem Gebiet mußte hauptsächlich der Kampf gegen die falschen, fälschlich geleiteten Organisationsführer geführt werden. In Spanien der schmählich ausgebeuteten Vergarbeiter wurde eine Protestbewegung im ganzen Lande inszeniert. Eine Auktionsfeier, die diese Zustände behandelte, wurde veröffentlicht. In zahllosen Versammlungen wurde eine Eingabe an den Ministerpräsidenten und die Abgeordnetenversammlung beschlossen. Die Ministerforderungen wurden die Reform der Arbeitsordnung: Die Einführung der Achtstundenschicht und eines Mindestlohns von 3,50 Peseta (2,50 Mark) verlangt. Die Wahlen im Mai und namentlich die glänzende Verlaufenen vom Dezember brachten Gewinn an Stimmen und Gemeinderatsmitgliedern. Die sozialistischen Gemeinderäte haben überall eine lebhafte und allgemein anerkannte Tätigkeit, namentlich in der Bekämpfung der Korruption in den Gemeindeverwaltungen, ausgeübt. Besonders die Tätigkeit in der Hauptstadt Madrid war wirksam.

Die laffere Protestbewegung unserer Genossen gegen den frechhaft zugunsten einiger Spekulanten begonnenen Krieg in Nordafrika ist bekannt. Da sie dabei in den ernsten Momenten völlig allein geblieben haben, dürfen sie auch die Ehre dieser Friedensbewegung für sich allein beanspruchen. Zahlreiche Opfer mußten gebracht werden; dabei ist der größte Teil der Bestrafungen unschuldig auch im Sinne der bestehenden Gesetze. Keiner aber ist unrein oder nutzlos geworden. Zur Befestigung der reaktionären Schandwirtschaft hat die Partei ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie geschlossen, das bei den Wahlen des Dezembers vollen Erfolg erzielte. Zusammenfassend nennt der Bericht das Jahr ein Jahr schmerzlicher Opfer, aber auch großer Siege, den Markstein in der Geschichte Spaniens, da die sozialistische Partei begonnen hat, eine positive Kraft für den nationalen Fortschritt zu werden. Voll Vertrauen sehen wir in die Zukunft. Wir denken an unsere Pflichten, die wir täglich erfüllen werden. Und wir vertrauen auf die Ehrlichkeit und Entschlossenheit unserer Verbündeten. Es ist unabweisbar, daß Spanien in den Kreis der modernen Zivilisation eintrete. Dies möglichst rasch zu erreichen, ist unser unmittelbares Programm. —

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Grozeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine fand am 17. Januar in Hannover statt. Ihre Einberufung erwies sich als notwendig, weil die Grozeinkaufs-Gesellschaft verschiedene Bauten vorzunehmen hat, wozu die Generalversammlung ihre Einwilligung erteilen mußte, die statutengemäß bei allen Bauten, deren Kosten höher als 100 000 Mark sind, erforderlich ist. Die Grozeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine plant eine bedeutende Erweiterung ihres Verwaltungsbüros in Hamburg, das sich jetzt schon als zu klein erweist, obwohl es erst Ende 1907 bezogen wurde. Zur Hauptsache ist dieses allerdings auf das Anwachsen der Druckerei und Buchbinderei der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die im gleichen Hause untergebracht sind, zurückzuführen. In Hamburg soll auch ein neues Lagerhaus errichtet werden mit vergrößerter Kaffeezerberei, Getreidemühle u. a. m.; ferner bedarf das Lagerhaus in Mannheim dringend einer Vergrößerung, während in Gröda-Nieja auf dem Terrain der Eisenschmelze der Grozeinkaufs-Gesellschaft ein neues Lagerhaus errichtet soll. Die Generalversammlung erteilte allen diesen Bauplänen ihre Genehmigung. Außerdem fehlte es nicht an Wünschen um Errichtung von Lagerhäusern an andern Orten, denen aber erst näher getreten werden kann, wenn der Umsatz in jenen Gegenden so groß ist, daß sich ein Lager auch rentabel erweist. Nach Vornahme einer Erörterung in den Ausschüssen wurde die außerordentliche Generalversammlung in Hannover geschlossen. Sie war kurz und hatte nur rein geschäftliche Fragen zu erörtern; ihre Bedeutung liegt sie aber trotz alledem, weil auch ihre Beschlüsse Beweis ablegen für die erfreuliche Entwicklung der Grozeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 21.

Magdeburg, Mittwoch den 26. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen in der Berliner Branntweinindustrie. Die in den Brauereien, Malzfabriken und Biernebelanlagen Berlins und Umgebung beschäftigten Arbeiter nahmen am Sonntag den 23. Januar in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Ergebnis der Arbeiten der Lohnkommissionen zwecks Zusammenstellung eines Tarifentwurfs. Nach erfolgter Begründung wurde der Tarifentwurf einstimmig angenommen, nachdem zuvor auf Antrag aus der Versammlung die Lohnforderungen für Kellerarbeiter erhöht waren. Nach Laufenden zählten die Versammlungsteilnehmer, Hunderte Brauereiarbeiter fanden keinen Einlass weil der Saal polizeilich abgesperrt war. Diese vorläufige Fürsorge der Polizei für Leben und Gesundheit der Arbeiter war wirklich nicht nötig, da noch eine ganze Anzahl der „Ausgesperrten“ im Saale Platz finden konnte. Warum aber der Hof mit beritteneren Schulheuten vollgepöppelt war, das wußte keiner zu erraten. Die Versammlung diente doch nicht dem Staatsumsturz, sondern der Beratung über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Arbeitsamt und Streifbrotvermittlung. Das städtische Arbeitsamt in Augsburg hat in seiner Geschäftsordnung den Passus, daß bei Streifen und Aussperrungen die Arbeitsvermittlung für die befreiten Orte und Betriebe eingestellt wird. Diese Gepflogenheit hat sich während der ganzen Zeit des Bestehens dieser Institution sehr gut bewährt. In der Sitzung des Magistrats vom 23. Januar wurde nun ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft die Vermittlung von Arbeitern nach befreiten Orten und Betrieben fortgeführt werden soll: die Arbeitsuchenden sollen lediglich durch Anschlag im Arbeitsamt die Orte bekanntgegeben werden, die von Streifen und Aussperrungen betroffen sind. Mit Annahme dieses Antrags ist natürlich das paritätische städtische Arbeitsamt zum Vermittlungsbureau für Streifbrot gemacht worden; daran ändert auch die Bekanntgabe der befreiten Orte durch Anschlag nichts. Die eigentlichen Urheber des Verschlechterungsantrags sind die Augsburger Unternehmer, die sich bei den kommenden Tarifkämpfen im Baugewerbe und in der Holzindustrie der Tätigkeit des Arbeitsamts zu ihren Gunsten versicherten. Der Magistrat ist dem Wunsch der Unternehmer prompt nachgegeben und hat sich damit bei den in Aussicht stehenden Tarifkämpfen ohne weiteres auf Seite der Arbeitgeber gestellt.

Streik der Pariser Hufschmiede. Die Pariser Hufschmiede stehen seit einigen Tagen in einem erbitterten Lohnkampf. Am 18. d. M. legten fast 900 Arbeiter dieses Berufs die Arbeit nieder. Die Unternehmer, auf diese unerwartete Einstellung nicht vorbereitet, mußten teilweise sofort die gestellten Forderungen bewilligen. Die Arbeiter erreichten: Abschaffung der Überstunden und Nachtarbeit, des Kost- und Logisgeldes einen wöchentlichen Ruhetag, Freigabe des 1. Mai, Versicherung auf Kosten der Unternehmer und Minimallohne von 95 Centimes bzw. 1,05 Frank pro Stunde. Diejenigen Arbeiter, die weiterarbeiten, da ihre Forderungen erfüllt sind, müssen einen täglichen Beitrag von 1 Frank für die Streikliste abliefern. Die Unternehmer haben sich schon allgemein zu kleinen Zugeständnissen herbeigelassen, doch verlangen die Hufschmiede mit guter Aussicht auf Erfolg volle Durchführung ihrer Forderungen.

Provinz und Umgegend.

Zu den Landgemeindevahlen.

Nur noch wenige Tage liegen die Wählerlisten in den Landgemeinden aus. Es ist deshalb die höchste Zeit, diese Listen einzusehen, damit man im März sein Wahlrecht ausüben kann. Zur Einsichtnahme in die Wählerliste ist jedes wahlberechtigte Gemeindeglied befugt. Die ganze Liste steht jedem Wahlberechtigten zur Einsichtnahme offen.

Moderne Sklavinnen.

Ein Theater-Roman von Ludwig Wendler.

(64. Fortsetzung.)

(Rechtlich verboten.)

Woglinde gebot durch ein Zeichen der Gefährtin Schweigen. Der Oberregisseur hatte sich, im Gespräch mit Fräulein König-Floßhilde, in der Richtung auf die zwei andern Rheinidamen zu in Bewegung gesetzt.

„Er kommt zu uns heran,“ raunte Woglinde durch die Zähne und fuhr dann laut und möglichst harmlos fort: „Nest aber ins Freie, liebe Hedwig. Magst Du Dein Uebel allein hier abwarten, ich gehe.“

„Nun, meine Damen, noch immer hier?“ fragte der inzwischen näher getretene Oberregisseur. „Ich glaubte Ihnen mit der vorzeitigen Beendigung unsrer Probe, die ich ja eigentlich gar nicht verantworten kann, eine Wohlthat zu erweisen. Wenn Sie aber doch nicht gehen — he,“ rief er einen vorübergehenden Arbeiter an, „sehen Sie doch mal zu, ob der Korrektor Schmidt noch im Hause ist, oder vorm Theater erreichbar. Er soll zurückkommen, meine Rheinidamen tragen Verlangen.“

„Um Gottes willen!“ Eiligt huschten Woglinde und Wellgunde dem Bühnenauszug zu und waren verschwunden, ehe der Bote seine Weisung noch vollgültig empfangen hatte.

Unbeobachtet blieb Floßhilde den Krallen Alberichs überlassen. Dieser lachte. Im Handumdrehen hatte er seinen Zweck erreicht, die Luft war rein. Wieder wendete er sich seiner Begleiterin zu, indem er aufs neue eifrig in sie hineintuschelte. Was wollte er von dem Mädchen?

Ihr verlegenes Umherschauen, ihr wiederholtes Erröten konnten den Eingeweihten auf allerlei Schlüsse kommen lassen, etwae Versängliches aber aufzuschreiben wäre niemand möglich gewesen. Alle Verbheiten, Schlipfrigkeiten, Gemeinheiten sogar, werden hier mit Reserve, in chealereskem Ton, in Glacehandschuhen verabreicht. Befand man sich doch im Vaudeville des Hoftheaters, das unter der Leitung eines hohen Würdenträgers stand. Nie ein lautes Wort gab es da, verflucht alles, was nicht ohne Geräusch, ohne Aufsehen zu erledigen war.

Der Kassellan des Hoftheaters trat jetzt, mit abgezogener Dienstmütze, dem Oberregisseur entgegen, gerade als dieser mit einladender Handbewegung Fräulein König auf die zum Probensaal führende Treppe verwies. Er hielt ein Zeitungsblatt in der Hand, das er dem einflussreichen Vorgesetzten devotest überreichte.

Es darf nichts der Einsichtnahme vorenthalten werden, was die Liste enthalten muß. So hat das preussische Oberverwaltungsgericht entschieden. (Band 47, Seite 130.) Es genügt nicht den gesetzlichen Ansprüchen, daß der Einsichtnehmende gefragt wird, was er aus der Liste feststellen haben wolle, und daß ihm dann dies aus der Liste mitgeteilt wird. Vielmehr muß ihm die Einsichtnahme in einer Weise gewährt werden, daß er sich mit eigenen Augen von allen Eintragungen, die die Wählerliste enthält, überzeugen kann. (Oberverwaltungsgericht, Band 47, Seite 47.)

Einsprüche gegen die Eintragungen in der Wählerliste sind innerhalb der Zeit, die die Wählerliste ausliegt, beim Gemeindevorstand anzubringen. Sie müssen also nun sofort und möglichst schriftlich geschehen.

Es ist als nicht wesentlich bezeichnet worden, daß die Auslegung der Liste genau am 15. Januar erfolge und am 30. Januar aufhöre. Vielmehr könne die Liste auch später ausgelegt werden. Jedoch muß die Liste immer 15 Tage ausliegen. Innerhalb dieser Zeit müssen etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste erfolgen.

Dem Einsichtnehmenden kann nicht unterfragt werden, sich aus der Wählerliste Notizen zu machen, soweit dabei die Rechte der Beteiligten auf Einsichtnahme genügend gewahrt bleiben, jedoch sind zur Einsichtnahme nur die stimmberechtigten Gemeindeglieder berechtigt.

Parteienoffen! Es gilt, bei den diesjährigen Wahlen alle Errungenschaften zu halten, vor allem aber neue Eroberungen zu machen. Die sind nur möglich, wenn alles sorgfältig vorbereitet und organisiert wird, denn die Gegner werden alles ins Werk setzen, uns im Fortschritt zu hemmen. Deshalb müßt die wenigen Tage und sichtet euch vor allem euer Wahlrecht.

Niederwobeleben-Schnarleben, 25. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 23. Januar fand eine Sitzung des Vereins statt, die gut besucht war. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 324 Mark und eine Ausgabe von 311,40 Mark auf. Gemeindevorsteher Andreas Pilz gab dann einen ausführlichen Bericht über die Sitzungen, die im vergangenen Jahr in Niederwobeleben stattgefunden haben. Voraussichtlich werde für das neue Jahr ein Zuschlag zu den Gemeindesteuern von 160 bis 200 Prozent in Frage kommen. Am Elektrizitätswert, das errichtet werden sollte, hat die Gemeinde circa 3000 Mark verloren. Es wurde über eine Anleihe von 24000 Mark für die Lieberlandzentrale beschlossen. Ein Zuschlag aus der Gemeindefasse zum Kaisergeburtstag wurde abgelehnt. Der Gemeindevorsteher von Schnarleben war durch Krankheit verhindert. Zu den bevorstehenden Gemeindevorsteherwahlen wurde eine Kommission gewählt. Genosse Hermann Genth wurde wieder als Bezirksleiter gewählt, als Stellvertreter Otto Wetze, als Kassierer Robert Wille, als Schriftführer Otto Böttner und als Revisoren Friedrich Friede und Otto Freyhold. Der Bezirksleiter mahnte die Genossen zur Agitation für den Verein, da von den gewerkschaftlich Organisierten noch viel fernzusehen. Die Wählerliste für Schnarleben liegt in den Abendstunden im Amtsbureau zur Einsicht aus.

Obernied, 25. Januar. (Ein Dachstuhlbrand) brach in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Hause des Metallarbeiters H. in der Morgenstraße aus. Die größte Gefahr wurde durch Hausbewohner und Nachbarn, darunter auch der Ortsgeistliche, beseitigt. Die Feuerwehr war zwar zeitig zur Stelle, es dauerte aber ziemlich lange, bis aus dem Dorfteiche Wasser herangebracht werden konnte.

Gardelegen, 25. Januar. (Ein kommunal-fiskalischer Kuddelmuddel.) In Gardelegen, so wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben, war das evangelische Oberamt auf den Gedanken gekommen, die von den Gläubigen wahrscheinlich auch in Gardelegen als sehr lästig empfundenen Kirchensteuer von den Mitgliedern der Kirchengemeinde abzuwälzen. Das Amt hatte an den Magistrat von Gardelegen das originale Ersuchen gerichtet, die Kirchensteuer auf den Kommunaletat zu übernehmen! Und siehe da! Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung der guten alten Stadt Gardelegen hatten nichts Eiligeres zu tun, als diesem sonderbaren Ersuchen stattzugeben, unbedünnt, darum, daß dadurch eine große Ungerechtigkeit begangen würde gegen die nicht evangelischen, also katholischen und jüdischen Kommunalsteuerzahler! Nur einer von den Stadtverordneten fand sich, der auf die Ungerechtigkeit der interkonfessionellen „Kommunalkirchensteuer“ hinwies und den korrekten Standpunkt vertrat, die Stadt dürfe aus Gerechtigkeitsgründen die Katholiken und Juden nicht zur evangelischen Kirchensteuer heranziehen. Aber er predigte tauben Ohren. Den Katholiken suchten die Freunde des kommunal-fiskalischen Steuerkuddelmuddels Karkumachen, daß die Stadt für die katholischen Kinder eine Schulkasse unterhalte. Dieses Argument ist natürlich so schief wie möglich. Was hat das städtische Schulwesen mit der evangelischen Kirchensteuer zu tun? Aus den Kreisen der durch den Beschluß der städtischen Behörden benachteiligten Steuerzahler Gardelegens ist die Anfrage gestellt, was sie zu tun hätten, um sich gegen das ihnen zugebachte Unrecht zu wehren. Es bleibt nur übrig, sich über den Beschluß der städtischen Behörden bei dem Regierungspräsidenten zu beschweren und die Beanstandung des Beschlusses zu beantragen. Ist einmal eine derartige Ungerechtigkeit im Kommunalsteuerwesen sanktioniert worden, so gibt es für ihre weitere Ausdehnung kein Halten mehr. Zahlt die Kommune Gardelegen die Kirchensteuer an die evangelische Gemeinde, so kann morgen die Kommune A Kommunalsteuer zugunsten der katholischen Kirche erheben, und wenn dann in der Kommune B die jüdische Gemeinde verlangt, daß die Stadt ihre Gemeindesteuern zahle, so verlangt die jüdische Gemeinde nichts anderes, als was jetzt die evangelische Kirche in Gardelegen auch den katholischen und jüdischen Einwohnern faktisch schon angefallen hat! Wir sind überzeugt, daß die evangelischen Gläubigen des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und der Bevölkerung in Gardelegen sehr laut und erregt über die schlimmste Ungerechtigkeit schreien würden, wenn sie Kirchensteuer für die katholische Kirche oder für die jüdische Kultusgemeinde unter der Waage von Kommunalsteuern zahlen sollten!

Neuhaldensleben, 25. Januar. (Kartellbericht.) In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung waren 18 Delegierte anwesend. Zwei fehlten entschuldigt, unentschuldigt Buchdrucker, Holzarbeiter, Transportarbeiter und Maurer Neuhaldensleben. Die Bildung eines Kartells wurde wegen schlechter Lage abgelehnt. Einem Antrag Neuhaldensleben, „Baustine“ unter die Gewerkschaften gelangen zu lassen, wurde zugestimmt. Den Kassenbericht gab Genosse Siebert. Die Gesamtsumme 1909 betrug 999,80 Mark, die Ausgabe 901,65 Mark. Für Schweden wurden 174,90 Mark abgeandt. Die Mitgliederzahl hat sich von 934 auf 1030 gehoben. Wiedergewählt wurde der erste Vorsitzende und der Schriftführer, neugewählt der zweite Vorsitzende, Kassierer und zwei Revisoren. Die Sitzungen sollen um 3 Uhr beginnen. Für die Waister wurde eine Kommission von sechs Delegierten eingesetzt. Mit dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung gibt sich das Kartell nicht zufrieden. Genosse Blume brachte Tatsachen aus der kommunalen Praxis.

Preßen, 25. Januar. (Der Gemeindevorsteher Wilhelm Kraka) hier besitz neben einigen Elbhäusern und recht rentablen Steinbrüchen auch einen Lagerplatz für die Produkte seiner Steinbrüche an der Preßener Abzweigung. Auf diesem Lagerplatz werden von Kraka etwa 25 Waggons, sämtlich in Alford, beschickt. Man möchte nun erwarten, daß ein Gemeindevorsteher die gesetzlichen Bestimmungen in erster Linie selbst innehält. Aber weit gefehlt. Für die auf dem Lagerplatz an der Elbe beschäftigten Arbeiter ist die Bundesratsverordnung vom 1. Juli 1909 maßgebend. Und in dieser wird gefordert, daß für die Arbeiter ein ausreichend großer, weitergedeckter Unter-

„Herr Kammerjäger Lenzner, der mit Herrn Kapellmeister Schellenberger im Konversationszimmer probiert, hat das für den Herrn Oberregisseur abgegeben. Er hat die Zeitung eben bekommen und bittet, das Angeforderte zu lesen, ihm dann aber das Blatt gleich zurückzugeben.“

„Schön. Sollte Herr Lenzner vor mir fertig sein, möchte er warten.“ — Was wird's sein?

Der Oberregisseur winkte dem Kassellan ab und folgte der schon auf der Treppe befindlichen jungen Sängerin, indem er gleichzeitig das Blatt auseinanderfaltete und suchte. Zunächst fiel sein Blick auf den Kopf der Zeitung.

„Nanu, liest der Geldtenor von 3. wohlbestallter Kammerjäger, den „Volksfreund“? Doch sicher ein radikales Linksbblatt. Verfluchter Kerl.“

Während dieser kurzen Betrachtung hatte der Oberregisseur auch schon bemerkt, daß es sich um den Leitartikel der Zeitung, der mit Kleinstift markiert war, handelte. Stillstehend murmelte er:

„Moderne Sklavinnen — Ja was —?“ Seine Züge ließen keinen Zweifel darüber, daß das, was da stand, sein Interesse in Anspruch nahm, daß es —

„Herr Birkenvogel,“ ertönte wie mit Genehmigung die Stimme der inzwischen im ersten Stock angelangten Sängerin, „Herr Oberregisseur, in den Probensaal können wir nicht. Es wird drinnen noch eifrig geprobt.“

„So, so —“ entgegnete zerstreut der Angerufene, „wird noch geprobt? Na, da muß unsre Geschichte jetzt bleiben. Ist mir auch ganz recht eben. Auf später, Fräulein König!“

Nachdem er sich um und suchte den am unteren Korridor gelegenen Raum auf, der ihm abends als Ankleidegarderobe diente. Hier angelangt, hob er von innen den Riegel vor, setzte sich auf einen Stuhl und begann mit der Lektüre des angeforderten Artikels noch einmal. Länger und länger wurde sein Gesicht, ernster falteten sich seine Züge.

Jetzt hatte er zu Ende gelesen.

„Hm, also offene Empörung. Das ist ja ein insamer Nader — und dabei so sanft, so scheinbar harmlos! Vorläufig betrifft's bloß den Ustmann, aber — die Kröte wäre kapabel, auch mich — hmhm — aufgebracht!“

Eine Minute später stand der Oberregisseur vor der Tür zum Konversationszimmer und klopfte. Auf die von innen ertönde Einladung öffnete er und sagte, den Kopf durch die Tür steckend:

„Entschuldigung, Herr Kapellmeister. Wenn ich Lenzner einen Augenblick sprechen könnte —“

„Wir sind fertig, Herr Oberregisseur, sind schon fertig. Tretten Sie nur ein, wenn ich bitten darf.“

Während Herr Birkenvogel der Einladung folgte und die beiden anwesenden Herren begrüßte, rüffelte sich auch schon der Kapellmeister Schellenberger zum Fortgehen. Herr Birkenvogel und der Kammerjäger Lenzner blieben allein zurück.

„Ich muß nämlich dann gleich zum Chef, lieber Lenzner — Sie waren so freundlich —“ Birkenvogel gab ihm die Zeitung zurück.

„Das ist das Fräulein Bergmann, die hier vor —“

„Gastierte,“ betonte Herr Lenzner.

„Gewiß, ich weiß, und — deren Engagements —“

„Widerstand.“

Bestremdet schaute der Kammerjäger auf. „Es ist anders. Der Intendant war für das Engagements —“

„Mein, der Oberregisseur dagegen.“

„Lekturer, als einer der gefährlichsten —“

„jungfräuliche Ehre geltend, stand beim Verlassen —“

„schlimmen Verdacht, auch die Gastin mit —“

folgt zu haben.

Natürlich hütfete sich Lenzner, eine daz —“

„Bemerkung zu machen. Es genügte ihm, dem —“

„Ein resoluteres Frauenzimmer,“ war —“

er noch sagte.

„Nennen mir's rabiat, und ich begreife —“

nicht. Zum Vorteil wird ihr so was nicht —“

bei Exzellenz nicht, wenn er es erfüllen —“

„Sammeln wir —“

„wie kommen Sie denn, der Herr Kammerjäger —“

zu mir —“

so verpönten Zeitung, wie der „Volksfreund“ —“

„Als Ker Kind? Ich habe da studiert, war dort engagiert.“

Natürlich ist mein Interesse an allem, was die Stadt betrifft, mach geliebt und ich bin, außer auf die dortige

„Allgemeine Zeitung“ auch auf den „Volksfreund“ noch heute abonniert. Gerade der bringt über das Theater die treffendsten Berichte.“

„So so, daher? Auf Wiedersehen, Lenzner.“

„Grüß Gott.“

Der Kammerjäger verließ das Haus, Herr Birkenvogel begab sich in das eine Treppchen höher liegende Bureau. Dort klopfte er an die Tür zum Kabinett des Intendanten, Kammerherrn von Pierrer-Votot.

„Herein!“

(Fortsetzung folgt.)

Samenstellung ist erschichtlich, daß mehr als 15 Millionen für die Wiederherstellung oder Feuerichtung öffentlicher Gebäude verwendet wurden. Fast 5 Millionen wurden zum Ersatz der Borräte und des Materials verbraucht, die die Gees- und Marineverwaltung zur ersten Hilfeleistung zur Verfügung gestellt hatten. 2 1/2 Millionen wurden für den öffentlichen Sicherheitsdienst ausgegeben, eine weitere Million für die Wiederherstellung anderer öffentlicher Dienste, 3 Millionen zur Errichtung von Baracken-Kasernen. Schließlich wurden kleine Summen für Beamten- und Offizierszulagen und dergleichen Dinge verwendet. Am 18. April war die ganze Summe bis auf einen Rest von 1/2 Million ihrem Zwecke zugeführt worden. Ein Teil der Presse kritisiert die Verwendung deshalb, weil für Privatbaracken kein Geld übriggeblieben ist. Diese Kritik beweist aber eigentlich nur, daß die 80 Millionen eben unzulänglich waren für die Anforderungen, die das Erdbenegebiet an die Staatshilfe stellen muß.

Das Hochwasser in Frankreich.

Wie aus Paris berichtet wird, richtet das Hochwasser in Frankreich von Stunde zu Stunde größeren Schaden an. Ganz Chalons-sur-Saone steht unter Wasser. Zwei Personen sind während der Rettungsarbeiten ertrunken. Viele Leute haben sich auf die Dächer der Häuser geflüchtet und rufen verzweifelt um Hilfe. Das Hochwasser der Seine ist in Paris im Steigen begriffen. Der Tunnel der Orleans-Bahn ist unter Wasser. Die Straß- und die ihnen benachbarten Straßen sind überschwemmt. Der Verkehr auf der Untergrundbahn und zahlreichen Straßenbahnen ist teilweise unterbrochen. In der Nähe des Justizpalastes ist ein Erdbeben eingetreten. Die Kellerräume des Palais Bourbon, in denen sich die Maschinen für die Beleuchtungsanlagen befinden, sind überschwemmt. In den Vororten sind die Bewohner an vielen Stellen, insbesondere in Chalais, vom Verkehr abgeschnitten. Tausende von Personen sind ohne Obdach. Das Hospital von Juy steht unter Wasser. Die Ueberschwemmung in der Provinz dauert an. In einem Dorfe in der Nähe von Reims sind zehn Häuser eingestürzt.

Die Funkentelegraphienposten des Eiffelturms sind vollständig überschwemmt. Das ganze Personal mußte den Dienst verlassen. Der Direktor der Eiffelturm-Gesellschaft erklärte, dies sei durchaus unbedenklich. Für den Turm sei keine Gefahr, selbst wenn die Pfeiler im Wasser stünden. Für morgen wird die Sprengung der Pariser Almadrücke, die bereits unter Wasser ist, angekündigt, um dem Wasser Durchgang zu verschaffen. Vor dem Justizpalast ist eine weitere erhebliche Bodenhebung zu verzeichnen. Die Bewohner des völlig überschwemmten Bois de Boulogne sind vom Verkehr mit Paris fast völlig abgeschnitten. Der untere Teil von Saint-Cloud gleicht einem See. In der Deputiertenkammer mußte für die Sitzungstage mangels elektrischen Stromes die alte Gasbeleuchtung in Dienst gestellt werden. In den Wandelgängen behält man sich mit Petroleumlampen. Die Abhaltung weiterer Kammeritzungen ist aber bereits in Frage gestellt, da auch die Gasleitung zu versagen droht. Im Justizpalast und im Kolonialministerium verjagen die Heizungsapparate. Aus den Departements Doubs und Saone treffen täglich beunruhigende Nachrichten ein. In den Schneebereichen verfallen in Erregung ruht die Arbeit vollständig. Trostlos ist das Bild, das die Straße zwischen dem Stadtbahnhof und dem Austerlitzbahnhof der Orleansbahn aus bietet.

An neuern Nachrichten verzeichnen wir:

Paris, 24. Januar, abends 6 Uhr. Die Seine steigt immer noch schnell weiter; auf den meteorologischen Stationen ist man der Ansicht, daß morgen das Hochwasser dasjenige des Jahres 1876 erheblich übersteigt wird. In der Rue Leblanc steht das Wasser 80 Zentimeter hoch, 200 Personen sind dort von jedem Verkehr abgeschnitten. Die Jüge der Eisenbahnlinie Paris—Nyon—Mediterranée treffen mit großen Verspätungen ein. Ungefähr 2000 Personen, die in den östlichen Vororten an der Seine und der Marne wohnen, haben ihre Häuser verlassen und sind heute vormittag in Paris eingetroffen. Die Ueberschwemmung hat sich auch auf den Canal de Saint-Denis ausgebreitet, von wo 60 Personen mit Booten gerettet werden mußten. Es erwies sich als unmöglich, die Motorboote der Polizeipräfectur zum Rettungsdienste heranzubringen. Auf der Place du Carre brachen die Kanalisationsröhren. Der Platz und die in die Champs Elysees mündende Avenue Montaigne wurden infolgedessen übersflutet. In Bordeaux ist am Nachmittag ein heftiges Gewitter mit Hagel und Hagel niedergegangen und hat großen Schaden angerichtet. In den Orten an der Maas sind viele Kanalanlagen überschwemmt, die Straßen stehen unter Wasser.

Paris, 25. Januar. Gestern abend ist die Brücke bei Suresnes im Bois de Boulogne eingestürzt. Dieser Teil des Bois de Boulogne steht vollständig unter Wasser. In Montville steht das Wasser 4 Meter hoch. Die Bewohner mußten ihre Wohnungen verlassen und konnten in der Eile nur die wertvollsten Gegenstände mit sich nehmen. Die Stadt befindet sich inmitten eines Sees, der über 1 Kilometer Ausdehnung hat. 10 Personen, deren Rettung unmöglich nachfolgen werden konnte, mußten in Villancourt ihrem Schicksal überlassen bleiben.

Paris, 25. Januar. Der städtische Telefonverkehr ist durch die Ueberschwemmung an vielen Stellen gestört. Der telegraphische Verkehr mit Oesterreich-Ungarn, Spanien und Portugal ist unterbrochen.

Paris, 25. Januar. Nach den Nachrichten, die im Ministerium des Innern eingegangen sind, scheint die Ueberschwemmung der Vorortslage in der Baumelle von Paris sich als sehr ernst herauszustellen. Die Almadrücke soll bedroht sein; der Verkehr ist dort unterbrochen. Nach andern Meldungen steht in den Straßen von Montville das Wasser 1 Meter hoch in mehreren Straßen von Javel und Juvigny 80 Zentimeter. Das ganze Orzetal ist überschwemmt; die Häuser drohen einzusinken. In Chalons-sur-Marne ist der Schaden sehr groß. Die Marne ist aus den Ufern getreten und hat viele Häuser zum Einsturz gebracht; die Bewohner konnten sich nur mit großer Mühe retten. Etwa 100 Häuser sind noch bedroht.

Paris, 25. Januar. Heute morgen ist ein neues Steigen der Seine um 45 Zentimeter festgestellt worden. Das Wasser dringt nunmehr überall ein. Die Untergrundbahn kann den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten, ebenso die Straßenbahnen, denen es an elektrischer Kraft fehlt. Außer den Telephonverbindungen verschiedener Stadorte sind auch die elektrischen Lichtleitungen zerstört. In Paris treffen die Jüge mit großer Verspätung ein. Der Verkehr für Wagen ist auf den Landstraßen so gut wie unmöglich. Der ganze Handel und die Industrie von Paris stehen still. Am schlimmsten ist die Lage in Chailly-le-Roi; am gestrigen Tage mußten über 4000 Personen gerettet werden; die Hälfte der Einwohner mußte anderweitig Unterkunft finden; Tische plünderten die leerstehenden Wohnungen. Die Gemeindefürsorge haben infolgedessen Abteilungen Dragoner und Jäger beauftragt, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der angerichtete Schaden ist enorm. In Paris überschwemmte im Laufe des gestrigen Abends das Wasser den Canal bei Montville, unter dem Druck des Wassers entstand eine Senkung, und die Straße mußte geräumt werden; das gleiche gilt für die Rue de la Vierge, Rue de la Vierge und die Rue de la Vierge. In diesen Straßen steht das Wasser meterhoch, und die Bewohner müssen die Häuser verlassen. Der Gemeindeverwaltungsausschuß erwägt die Möglichkeit, auf der Höhe des Invalidenbahnhofs den Canal zu sprengen, wodurch das Wasser über den Gleisen des Invalidenbahnhofs einen Abfluß erhielte. Auf diese Weise wäre es auch möglich, sämtliche Schäden zwischen der Invalidenbrücke und der Mirabeulbrücke zu sprengen.

Paris, 25. Januar. Heute morgen kurz nach 5 Uhr stieg ein plötzliches Gewitter auf, welches mit einem ungeheuren Schneesturm über Paris niederbrach. Das Wetter verspricht nicht, daß die Hochwasserlage bald ein Ende nehmen wird. Die von dem Gewitter betroffenen Teile von Paris sowie die östlichen und westlichen Vororte stehen alle unter Wasser. Im Mitternacht haben sich die Wellen in die Rue de la Vierge ergossen, in der die deutsche Botschaft und das deutsche Konsulat sich befinden. Es ist unmöglich, sofort Nachrichten über einen etwaigen Schaden in den deutschen Gebäuden zu erhalten, da gerade diese von aller Welt völlig in ihrer Telephonverbindung unterbrochen sind. Ueberhaupt sind in Paris 2000 Telephonabonnenten von jedem telephonischen Verkehr abgeschnitten. Zurzeit wird eine gewaltige Feuerbrunst aus dem Südosten der Stadt einen gewaltigen weithin leuchtenden Feuerkeil über Paris. Es war noch nicht möglich, Genaueres zu erfahren.

Paris, 25. Januar. In letzter Stunde wird mitgeteilt, daß der Nebenfluß der Marne der Grand-Marin bedeutend im Steigen ist, so daß, wenn das Steigen diese Nacht anhält, die Seine am heutigen Tage um weitere 40 Zentimeter steigen muß. In wasserbautechnischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß das eine furchtbare Katastrophe bedeuten würde, deren Folgen unübersehbar sind. Der Schaden, der in den Gewässern der Orleansbahn verursacht wurde, ist sehr bedeutend. Die gesamten elektrischen Motoren sind zerstört.

Vermischte Nachrichten.

Das tiefste Bohrloch der Welt. Deutschland hatte schon seit langer Zeit die Ehre, in seinem Bereich das tiefste Bohrloch der Welt zu besitzen. Es war dasjenige von Paruschkow bei Rybnit in Ober-Schlesien mit einer Tiefe von etwas mehr als 2000 Metern, das die ganze Mächtigkeit der obersteigenden Steinkohlenformation durchstößt hat und dabei über 80 Kohlenflöße durchstößte. In Amerika, wo doch sonst so gern Rekorder geschaffen werden, ist man nicht tiefer als etwa 1500 Meter gelangt. Jetzt hat Deutschland in dem gleichen Gebiet seinen eignen Rekord geschlagen mit dem Tiefbohrloch von Czuchow, das ursprünglich 2500 Meter in die Erde hinuntergehen sollte, dann aber im März 1909 bei rund 2240 Metern beendet wurde. Diese technischen Leistungen, die in erster Linie selbstverständlich zugunsten der bergbauartigen Erforschung geschehen, haben noch eine besondere wissenschaftliche Bedeutung, weil durch thermometrische Messungen in den Tiefbohrlochern Bestimmungen über die Zunahme der Temperatur von der Erdoberfläche nach dem Erdinnern hin erzielt werden können. Solche Beobachtungen bilden die einzige Grundlage für die Beurteilung der Wärmeverhältnisse im Erdinnern. Auch das neue Bohrloch von Czuchow ist zu diesem Zwecke benutzt worden. Die Ergebnisse bespricht der Landesgeologe Widjail in den Monatsberichten der Deutschen geologischen Gesellschaft. Die tiefste „Station“, bis zu der man mit dem Thermometer vordringen konnte, lag bei 2221 Meter Tiefe, da sich das Bohrloch in den noch fehlenden 20 Metern mit einer Schlammföhre gefüllt hatte. Die Temperatur in der genannten Tiefe betrug 53,4 Grad. In 500 Metern betrug sie sich auf etwa 26, in 1000 Metern auf 40 und in 1500 Metern auf 68 Grad. Der Durchschnitt der Wärmezunahme ist danach zu einem Grade auf je 31,8 Meter berechnet worden. Dieses Mittel, das in der Geologie als „geometrische Tiefenstufe“ eine überaus wichtige Rolle spielt, stimmt mit früheren Messungen in andern Bohrlochern gut überein, obgleich in den verschiedenen Erdbereichen große Schwantungen vorkommen.

Die Bakterien als Erhalter des Lebens. In der Jahresitzung der britischen Royal Microscopical Society, die in diesen Tagen in London stattgefunden hat, gab Sir E. Ray Lankester Bericht über außerordentlich interessante Experimente, die über den Einfluß der Bakterien auf den menschlichen Körper und auf Tiere wertvolle neue Aufschlüsse gebracht haben. Es scheint, daß in vielen Fällen die Bakterien sowohl für den Menschen wie für die Tiere eine Lebensnotwendigkeit sind und daß das völlige Fehlen von Bakterien Siedetum, Verfall und Tod herbeiführen kann. Die Experimente haben z. B. gezeigt, daß Säuglinge ohne Bakterien nicht leben können. Einige Eier wurden sorgsam von Bakterien gereinigt und dann in Brutapparaten entwickelt. Während der ganzen Inkubationsperiode wurde die die Eier umgebende Luft sterilisiert; als die Küken austrochen, atmeten sie nicht nur sterilisierte Luft, sondern sie erhielten genau unterjuchte bakterienfreie Nahrung. Nach einigen Tagen starb eine Anzahl der jungen Säuglinge. Die Untersuchung zeigte, daß ihre Körper von Bakterien völlig frei waren. Die wenigen überlebenden Küken wurden sofort aus der sterilisierten Luft entfernt und bekamen nun gewöhnliches Futter, das alle Bakterien enthielt. Sie erholten sich sofort und entwickelten sich zu kräftigen, gesunden Säuglingen. Dasselbe Experimente wurden mit Fliegen vorgenommen und brachten das gleiche Ergebnis; die Fliegen, die in sterilisierter Luft mit sterilisierter Nahrung ernährt wurden, gingen in kurzer Zeit zugrunde, während die andern Fliegen, die Fleisch erhielten, welches verschiedene Bakterien aufwies, sich normal entwickelten und fortpflanzten. Dagegen zeigten andre Versuche, daß Kravven und Scorpione ohne Bakterien zu leben vermögen. Vm. Weidmannoff hat in der gleichen Richtung mit Kravven Experimente durchgeführt, die zeigten, daß die Tiere ohne Bakterien gedeihen können. Der menschliche Körper birgt in seinen Verdauungsorganen bekanntlich eine zahllose Menge von Bakterien, von denen man annimmt, daß sie zum Leben notwendig sind.

Zaures als Rekordredner. Ein Leser des „Matin“, der gewiß über viel freie Zeit verfügt, hat sich der Mühe unterzogen, in den ikonographischen Berichten der Kammeritzungen der eben zu Ende gehenden Legislatur nachzusehen, wie oft und wie lange Abgeordneter Zaures das Wort ergriffen hat. Er hat dabei herausgefunden, daß der sozialistische Erbkun nicht weniger als 47 verschiedene Gegenstände behandelt hat, so Maroffa, die Wochenruhe, die Hörsenänderung, das Wässern des Weines, die Reform der Artillerie, die äthiopischen Eisenbahnen, die Abmachung mit den Messageries Maritimes usw. Drei Sitzungen füllte er ganz mit seinem Reden aus. Seine Verebamkeit umfaßte 1906 noch 7290 Zeilen des „Journal Officiel“, 1907 bereits 12 180, 1908 15 934 und erreichte 1909 die Rekordziffer von 24 066 Zeilen. Das macht im ganzen 69 860 Zeilen, 675 Spalten und 225 Seiten des amtlichen Berichts. Die Zeile zu je 7 Wörtern gerechnet, umfaßt die parlamentarische Verebamkeit Zaures in den letzten 4 Jahren nicht weniger als 415 660 Wörter. Ueber Maroffa allein fielen Zaures nicht weniger als 22 Reden, die 11 177 Zeilen des „Journal Officiel“ füllten, etwa ein Fünftel aller Reden, die über diese wichtige Frage in der Kammer gehalten wurden. Der Länge nach machen die 49 860 Zeilen eine Entfernung von 8740 Metern, also etwa die Höhe des Mont Cenis aus. Dazu bemerkt die „Reinisch-Weisfällische Zeitung“: Der Statistiker des „Matin“ unterläßt es aber, hinzuzufügen, daß Zaures trotz seiner Vielrederei keine Zuhörer immer zu interessieren weiß, was nicht von allen Rednern, selbst denjenigen, die sich sehr kurz fassen, gesagt werden kann.

Ein italienischer Fakir. Einen bemerkenswerten Fall von Anästhesie hat der Turiner Univeritätsprofessor Negro in der Sitzung für nervöse Krankheiten vorgeführt. Es handelt sich um einen 24-jährigen Geiger namens Pietro Gatti, einen stattlichen und kräftigen Menschen. In seiner Heimat wurde er dadurch bekannt, daß er einmal bei einem Sprunge von einem Eisenbahnzug 10 Meter weit davonlag, ohne daß er irgend einen Schmerz verspürte. Seit jeder ist er ganz unempfindlich gegen Hitze und Kälte, gegen Hunger und Durst und wird überhaupt kaum je müde. Als ihm einmal sein Vater, ein Zahnwärtter, eine Preklatre auf den italienischen Wagen erwirkte hatte, fuhr er zehn Tage umher und schloß in dieser Zeit nur drei Stunden. Er trägt sich Dukande von Nabeln durchs Fleisch, ohne irgend einen Schmerz zu verspüren, und vor kurzem geriefte er sich die rechte

Wade, ohne daß ihm seine Absicht gelungen wäre, eine Entpflung davon zu erzeugen. Schließlich schickte ihm der Arzt seines Heimatortes zum Professor Negro, damit dieser sich mit der ungewöhnlichen Erscheinung befaße. In der Klinik erwies der junge Geiger wiederum seine Unempfindlichkeit. Professor Negro brachte ihm mit einer großen Nadel einen Anästhetikum, dann die Nadel; darauf klopfte er ihm mit einem Hammer auf dem Schädel herum, schließlich brachte er seinen Körper mit lauchendem und mit kaltem Wasser in Verührung, ohne daß Gatti ein Zeichen des Schmerzes gegeben hätte. Der Gelehrte hält diese Unempfindlichkeit für eine seltene Erscheinung hysterischer Natur. Der unempfindliche Geiger aber will seinen Dampfessel verlassen, um sich auf Jahrmärkten zur Schau zu stellen und so bequemer und reichlicher sein tägliches Brot zu verdienen.

Vereins-Kalender.

Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabend: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark“) Mittwoch; Abt. Buckau („Thalia“) Mittwoch; Abt. Subenbur („Berliner Bierhalle“) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachjenhof“) Freitag; Abt. Rothensee (Hermanns Platz) Donnerstag; Abt. Meißendorfer (beim Mitglied Heinrich Wille) Dienstag. 912 Sonntag den 30. Januar, nachmittags 2 Uhr, gemeinsame Sitzung des Vereinsvorstandes und der Abteilungsverbände im „Sachjenhof“. Arbeiter-Sängerkhor Magdeburg (M. v. D. A. S. B.). Jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, Übungsstunde bei H. Sächsefeld, Knochenhauerufer 27/28. 973 Halberstadt. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei M. Bollmann. 1031

Wasserstände.

+ bedeutet über. — unter Null.		
Hier, Eger und Moldau.		
21. Jan.	22. Jan.	
Jungbunzlau . . .	+ 0.15	+ 0.19
Bunzlau . . .	+ 1.04	+ 0.92
Budweis . . .	+ 0.21	+ 0.09
Prag . . .	—	—
Innsbruck und Saale.		
23. Jan.	24. Jan.	
Straubfurt . . .	+ 2.50	+ 2.80
Weißensels Unt. . .	+ 1.62	+ 1.52
Zrotha . . .	+ 3.32	+ 3.16
Klätzeben . . .	+ 3.05	+ 2.88
Beruburg . . .	+ 2.72	+ 2.50
Kalbe Oberpegel . . .	+ 2.16	+ 2.08
Kalbe Unterpegel . . .	+ 2.60	+ 2.48
Mulde.		
23. Jan.	24. Jan.	
Deffau, Muldenbr. . .	+ 1.17	+ 1.03
Elbe.		
21. Jan.	22. Jan.	
Parabitz . . .	+ 0.09	0.12
Brandeb. . .	+ 1.12	+ 1.05
Wreititz . . .	+ 1.20	+ 1.03
Leitmeritz . . .	+ 0.99	+ 0.83
Kauzig . . .	+ 1.31	+ 1.12
Dresden . . .	+ 0.04	— 0.23
Zorgau . . .	+ 2.42	+ 2.22
Wittenberg . . .	+ 3.23	+ 3.15
Köhlau . . .	+ 2.86	+ 2.80
Barby . . .	+ 3.29	+ 3.24
Schönebeck . . .	—	+ 2.99
Magdeburg . . .	+ 2.75	+ 2.67
Zangermünde . . .	+ 3.70	+ 3.72
Wittenberge . . .	+ 3.28	+ 3.30
Broda-Donitz . . .	—	+ 2.76
Lauenburg . . .	+ 2.73	+ 2.76

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Alstadt, 24. Januar. Aufgebote: Maschinenzeichner Willi Steinemann in Salbte mit Elisabeth Weber hier. Aufseher Johann Wolski mit Sophie Kaszpf. Oberkellner Kurt Teutichheim hier mit Anna Schmidt in Dessau.

Geburten: Heinz, S. des Versicherungsbeamten Karl Hartwig. Charlotte, T. des Bizefeldwebels Gustav Jäger. Fritz Gustav, S. des Postkassensers Gustav Hotopp. Hans Joachim, S. des Kaufmanns Otto Oberlander. Herbert, S. des Fleishers Wilhelm Koppel. Todesfälle: Witwe Rosine Beyse geb. Göpfert, 86 J. 1 M. 4 T. Präbendat Karl Bauder, 76 J. 10 M. 1 T. Witwe Emilie Kels geb. Müller, 73 J. 6 M. 28 T. Präbendatin Witwe Bertha Tuchen geb. Koch, 70 J. 2 M. 10 T. Wilhelmine geb. Schaffert, Ehefrau des hies. Arbeiters Heinrich Hartmann, 54 J. 5 M. 23 T. Bahnarbeiter Ludwig Brant, 57 J. 2 M. 25 T. Witwe Mathilde Schaper geb. Thiebach, 43 J. 3 M. 20 T. Emma geb. Henne, Ehefrau des Arbeiters Karl Schrader in Bennedenbed, 38 J. 11 M. 23 T. Hauswirtschafter Hermann Raede, 23 J. 8 M. 17 T. Charlotte, T. des Arbeiters Karl Gehbart, 1 M. 19 T. Margarete, T. unehelich, 21 T.

Zudenburg, 24. Januar. Aufgebote: Tischdreher Otto Rothenberg mit Amalie in Fritzshöhe.

Geburt: Paul Fritz, unehel. Todesfälle: Minna geb. Schönemann, Ehefrau des Bauunternehmers Gottlieb Raede, 56 J. 5 M. 6 T. Emma geb. 19 J. 9 M. 8 T. Ehefrau des Schreinermeisters Wilhelm Ferkel, 70 J. 7 M. 6 T.

Buckau, 24. Januar. Aufgebote: Schleifer Gustav Droschmann mit der Witwe Kontorist Karl Barnad in Berlin mit Gulda Ueber hier. Wilhelm Paeg mit Frieda Liborius. Todesfälle: Anna Bistran, unehelich, 25 J. 1 M. 1 T.

Neustadt, 24. Januar. Aufgebote: Krankenhausbote Otto Haberland mit Frieda Janice. Schlosser Joh. Karl Ernst Liebts mit Anna Gertrud Wenter. Geburt: Erna, T. des Gerrenkleidermachers Hermann Hartwig. Todesfälle: Erich, unehel., 4 M. 16 T. Des Arbeiters Gottfried Adler, 7 M. 30 T.

Groß-Otterleben, vom 1. bis 15. Januar. Aufgebote: Arbeiter Hermann Thauß mit Rosa Koch in Bennedenbed. Schneider Otto Köhne mit Clara Jung. Arbeiter Hermann Schmidt hier mit Luise Köhner in Magdeburg. Arbeiter Alb. Duffe mit Emma Herrmann. Landwirt August Brandt in Berg mit Elie Buchmann hier.

Chechlichkeiten: Kaufmann Georg Wehner in Magdeburg mit Antje Göde in Bennedenbed. Dreher Albert Fuß mit Martha Happe. Geburten: Helene, T. des Arbeiters Max Schmidt in Lamsdorf. Otto, S. unehel. Margarete, T. des Wärtters Wilh. Krieter in Lamsdorf. Renate u. Ilse, Zwillingst. des Arbeiters Herm. Brim in Lamsdorf. Heinrich, S. des Arbeiters Heinrich Rogge. Otto, S. des Rangierers Heinrich Fredericksdorf. Erna, T. unehel. in Lamsdorf. Emma u. Marie, Zwillingst. des Arbeiters August Müller. Helene, T. des Wärtters Wilhelm Wiegel. Ilse, T. unehel. Erna, T. des Arbeiters Karl Brecht. Meta, T. des Arbeiters Albert Lammert. Frieda, T. des Arbeiters Alb. Hettmann. Walter, S. des Hofmeisters Adolf König. Walter, S. des Arbeiters Heinrich Ehrede. Hans, T. unehel. Paul, S. des Arbeiters Paul Schler.

Todesfälle: Elisabeth, T. des Drehschlers Otto Dankert in Bennedenbed, 6 J. 3 M. 11 T. Willi, S. des Schneiders Otto Granier in Lamsdorf, 1 J. 7 M. 23 T. Erich, S. des Arbeiters Andreas Olsch, 1 M. 13 T. Juntraut, T. des Buchdruckers Paul Goppas, 1 M. 16 T. Luise, T. des Bahnarbeiters Gustav Lehmann, 1 J. 22 T. Paul, S. des Arbeiters Alb. Hankwitz, 16 T. Kurt,

Schönebeck.
 Aufgebote: Arbeiter Otto Reichen mit Marie Hofer geb. Paulin.
 Geburten: S. des Tischlers Wilhelm von Hoff. S. des Kaufmanns Willi Reinhold.
 Todesfälle: Ehefrau Friederike Heinicke geb. Buchheiser, 60 J.
 2. 12. 28 J.

Schönebeck.
 Aufgebote: Schlosser Erich Adler mit Johanna Faust, Fleischer
 Wilhelm Friede hier mit Ida Wulfschlag in Salbitz.
 Geburten: Albert S. des Fabrikarbeiters Albert Knabe, Gustav
 S. des Fabrikarbeiters Gustav Jenker, Gertr. L. des Fabrikarbeiters
 Paul Polzien, Weichhilde, L. des Fabrikarbeiters Wilhelm Pfeifer.
 Todesfälle: Witwe geb. Raab, Ehefrau des Uhrmachers Emil
 Blecktrau gen. Geride, 61 J. Witwe Friederike Wittkau geb. Richter, 59 J.
 Ernestine geb. Rantkau, Ehefrau des Fabrikarbeiters Karl Schulze, 60 J.

Staffort.
 Aufgebote: Bergarbeiter Karl Friedrich Hoppe hier mit
 Henriette Lauer in Reudorf. Maurer Rudolf Hermann Schulze hier
 mit Emma Schneider in Reudorf.
 Geburten: L. des Schmieds Albert Baig, S. des Berg-
 arbeiters Friedrich Wiegand, L. des Bergarbeiters Richard Frankholz.
 Todesfälle: Paul Diller, 5. 12. Otto Dreher, 5. 12. Wil-
 helm Karl Math, 32 J.

Nur soweit Vorrat!

Gummi-Schuhe

Räumungs-Preise

Gummi-Schuhe für Kinder	Paar	20 Pf.
Gummi-Schuhe für Knaben	Paar	50 Pf.
Gummi-Schuhe für Damen	Paar	60 Pf.
Gummi-Schuhe für Herren	Paar	1.00

Hugo Nehab

Spezialgeschäft für Gummiwaren,
Wachstuch und Linoleum.

Nur soweit Vorrat!

Echt gold. Ringe 4.00
 6.50 8.00 u. höher
 eleg. gold. Ketten
 m. Fass 2.50 4.00
 6.50 8.00 u. h. mob. Broschen
 v. billigt. Auf Wunsch a. Katen-
 schlung. Dreifingerring 4. v.

Gute Scherlinge (sofort und
 zu Ostern
 f. Schlosser, Schmiede, Stellmach.,
 Tischler, Fleischer, Bäcker, Barbier,
 Schuhmacher, Schneider, Maler,
 Drechsler, Hütten, Müller, Stein-
 drucker, Lithographen, Buchbinder,
 Nachweislich gute Stell. Kleidung
 und Wäsche frei. Vermittl. Kosten!
 Margarete Lehner, Stellen-
 vermittlerin, Schopenh. 1. [1887]

Gutes Frottechen zu vert.
 Schmidtstr. 1, 2, 3, 4. Märker.

Rüchensattel
 der Magdeburger Volkstheater
 Große Marktstraße 12.
 Mittwoch: Wirfingohl mit Hind-
 fleisch.
 Donnerstag: Weiße Bohnen mit
 Schweinefleisch.
 Freitag: Grünbohnen mit Salz-
 kartoffeln und falschem Hasen-
 braten.
 Frauen-Spesssal parterre.

Alhambra
 Alte Ulrichstraße 2.
 Heute: 8164
**Der kleine
 Royalist**
 dram. spannende Szenen
**Ein reuiger
 Sünder**
 ergreifendes Drama, sowie
 das weitere
**grosse neue
 Programm!**

Magdeb. Orchester
 Dir.: Hr. Schrader -
 4 Grünemannstraße 4
 empfiehlt sich den geehrten Ver-
 einern und Saalbesitzern zu
 allen vornehmenden 2878
Musikaufführungen
 wie: Konzerten, Ballen usw.

Walhalla-Theater
 Das großartige
Januar-Programm
 Erstklassige Spezialitäten!
 Anfang der Vorstellung
 8 1/2 Uhr
 Vorzugskarten gelten.

Nick Carter
 Sensationellste Serie
 Das einschläfernde Zuckerzeug
 wird vom 25. bis 31. Jan. im
Kaiser-Theater
 sämtlich als Einlage gebracht

**ZENTRAL-
 THEATER**
 Morgen Donnerstag
Große Fest-Vorstellung
 — aus Anlass —
 des Geburtstags
 Sr. Maj. des Kaisers
 bei feierlich befehltem Hause
Jubel-Ouverture

**Robert
 Steidl**
 in seinen glänzenden
 Schlägen
Minnie Kaufmann
The Quaint O'S
Otto Röhr
Frühling u. Herbst
 Jahreszeiten - Juppel
 der 12 hellen
 Sterne u. die übrigen
 möglichen Leucht-
 sternen

Geschäfts-Uebernahme.
 Dem verehrlichen Publikum, Freunden und Be-
 kanten von Magdeburg und Umgegend die ergebene
 Mitteilung, daß ich das der Frau Wwe. Thielecke,
 Magdeburg-Friedrichstadt gehörige Gast- und
 Logierhaus, verbunden mit Ausspannung, zur
Stadt Leipzig
 Cracauer Straße
 vom heutigen Tage an als Geschäftsführer über-
 nommen habe. Hochachtung
Carl Hoepfner
 langjähriger Kellner in der „Guldbenen Rose“ sowohl
 wie in der Budauer Bierhalle. 3178

Erste Friedrichstädter Schuhwaren-Reparaturwerkstatt
 Gegründet 1896 von Gegründet 1896
**Gustav Keffke, Schuhmacher-
 meister**
Cracauer Straße 6. 1586
 Spezialität: Feine leichte Maßarbeiten.

**Wilhelm
 Bagenbeck's**
 größte Raubtier-Dressurschau der Erde
 zurzeit im Zirkusgebäude, Königstrasse.
 Heute Mittwoch den 26. Januar cr.
2 große Vorstellungen 2
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr.
 Zu beiden Vorstellg. das sensationelle Eröffnungs-Programm.
 Preise der Plätze:
Billettksteuer wird nicht erhoben.
 Logenpl. 3.00 Mk., Sperrsitz 2.00 Mk., Tribüne 2.00 Mk.,
 1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz 1.00 Mk., Galerie 50 Pfennig.
 Billett-Vorverkauf bei Herrn C. Jacobs, Ulrichs-
 bogen, und an der Tageskasse im Zirkusgebäude.
 Militär vom Feldwebel abwärts und Kinder unter
 12 Jahren nur in den Nachmittags-Vorstellungen
 auf allen Plätzen halbe Preise.
 Morgen Donnerstag den 27. Januar cr.
 (Kaisers Geburtstag)
**2 große Gala-Familien- und
 Kinder-Vorstellungen**
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.
 Mittwoch den 26. Januar
 Auf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
 2. Abend (siegelrote Karten).
 Novität! Novität!
Der dunkle Punkt.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von
 Gust. Adelsburg u. Rud. Prescher.
 Zum letztenmal in dieser Saison.
 Donnerstag: Die Fledermaus.

Fürstenhof-Theater
 Dir. Müller-Spart
 Eing. Prälatenstr.
**Die Theater-
 prinzeffin.**
 G. Bib. a. d. Leb.,
 bearb. n. e. v. Weg.
Der Afritaner
 Tränen m. gelacht.
 Weit n. Rummen
 Vorsatzart. gelten.

Wilhelm-Theater
 Mittwoch den 26. Januar 1910
Die Förster-Gheini.
 Donnerstag den 27. Januar 1910
 Anlässlich des Geburtstags
 Sr. Maj. Kaiser Wilhelms
Jubel-Ouverture.
 Hierauf:
Die geschiedene Frau.
 Freitag Benefiz für Matthias
 Meyers
Das Fürstentum.

Stephanshallen
 Dir. Rich. Froberg
 — Abends 8 Uhr —
Varieté-Vorstellung
 Streng bezogenes Programm
 für Familien-Publikum

Eldorado
 Große Junkerstraße 12.
 Täglich abends 7 Uhr:
Varieté-Vorstellung
Großer Bockbierrummel!
 Heitere Kabarett-Vorträge.

Dankfagung.
 Allen denen, die meiner Lieben
 verstorbenen Frau durch Kranz-
 spenden sowohl als auch durch
 das Geleit zur ewigen Ruhestätte
 die letzte Ehre erwiesen, sage ich
 hiermit, auch namens der Hinter-
 bliebenen, meinen herzlichsten Dank.
 1535 **Ulrich Bruns.**
 Am 24. d. M. abends 8 1/2 Uhr, verschied nach langem,
 schwerem, in Gehuld ertragenem Leiden meine liebe Frau und
 unsere gute Mutter, Cousine, Schwägerin und Schwiegermutter
Frau Emma Kleinau
 geb. Weisinger.
 Dies zeigt betrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme
 im Rahmen der Hinterbliebenen
Otto Kleinau.
 Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt. 1583

Wittwoch 28. 1. 1910
Stiche Durch
 A. Weber Nachf.
 R. Döbler, Schönebeck, 9.

Verkaufsstelle
Molkerei Prödel
 Stephansstraße 29
 Ecke Große Marktstraße
 empfiehlt i. Reine Qualität
Korbkäse
Speisequark
Ziegenkäse
 nach Altmeyer's Art
 — Telephon Nr. 971 —

Waschen Sie schon mit
Kluges
Seitensulmiak?

**Leih-
 Haus**
 Mohr Kalks
 Apfelstraße 16, L
 (Opp. 1874) 2531
 Hächel-Belebung
 jeder Beschäftigung
 Günstige Bedingungen



**Trauer
 Hüte
 Blusen
 Röcke
 Schleier
 Flore
 Handschuhe
 etc.**

Lange & Münzel
 51a Breifeweg 51a

